



Im Folgenden bringen wir gerne den Kommentar von Dr. Hannes Androsch, der ja auch von „grundlegenden Änderungen der EU“ spricht, aber dann, so meint er, sollten alle Mitgliedsländer der EU zur Entscheidung aufgerufen werden. Das wird wohl, so meinen wir jedenfalls, nicht anders als durch Volksabstimmungen möglich sein.

Die Europameisterschaft ist vorbei. Mit Spanien ist die beste Mannschaft verdient

ren von Zigtausenden Mitarbeitern im Tourismus aus Deutschland und illegal von Zigtausenden im Pflegebereich. Inzwischen haben wir eine ausgeglichene Handels- und eine positive Leistungsbilanz. Die Auswirkungen der Dollarschwäche und des Rekordölpreises treffen auch die Euro-Länder und damit Österreich, aber immerhin in abgeschwächter Form. Dies alles wäre uns in der Isolation nicht möglich. Warum aber sind die Österreicher dennoch solche EU-Muffel? Weil unsere diversen Bundesregie-

bezogenen Interessen stehen. Diese Kluft müssen wir schließen. Dazu wird mehr Aufklärung nötig sein. Aber auch vieles in Brüssel wird besser gemacht werden müssen. In Einzelabstimmungen haben sich immer wieder Stimmungen negativ niedergeschlagen – wofür es meist ganz andere, innenpolitische Motive gab.

Das war zuletzt in Irland so und im Jahr 2005 in Frankreich und den Niederlanden. Für Volksabstimmungen kann man durchaus eintreten, wenn es dem Inhalt oder

„Europa – eine Notwendigkeit“

Turniersieger geworden. Die Durchführung war vorbildlich, das Maß an Beteiligung – auch emotionaler – hoch. Nun aber müssen wir uns einer wichtigeren und ernsteren Aufgabe zuwenden, nämlich der sinnvollen Weiterentwicklung der Europäischen Union. Die europäische Integration war von Anfang an ein erfolgreiches Friedensprojekt, und sie ist ein erfolgreiches Wirtschaftsprojekt. Nun muss sie ein ebenso wirkungsvolles soziales, ökologisches, außen- und sicherheitspolitisches Projekt werden, wollen wir Europäer Mitspieler und nicht nur Spielball auf der Weltbühne sein. Kein einzelnes Land, schon gar nicht ein kleines, ist dazu in der Lage.

Bisher hat Österreich – und damit jeder Einzelne von uns – von der Ostöffnung im Jahr 1989, von unserem eigenen EU-Beitritt, von der Teilnahme an der Gemeinschaftswährung und von der EU-Osterweiterung wie kein anderes Land Nutzen gezogen. Nahezu jeder kann dies feststellen, wenn ihm beim Reisen im Schengenbereich die Pass- und Zollkontrollen und in den Euro-Ländern das komplizierte und teure Geldwechsellern erspart bleibt.

Seit unserem EU-Beitritt im Jahr 1995 ist die Gesamtbeschäftigtenzahl um 9,8 Prozent gestiegen. Wir profitie-



Hannes Androsch

rungen jeden populären EU-Beschluss als ihr höchstes Verdienst verkauft haben, jedoch zunächst unpopuläre EU-Beschlüsse auch dann den Brüsseler Bürokraten in die Schuhe schoben, wenn ihnen Österreich zugestimmt hatte. Obwohl wir 1994 mit nahezu Zweidrittel-Mehrheit für die EU-Mitgliedschaft votierten, findet die EU bei den Österreichern knapp eineinhalb Jahrzehnte später mit nur 28 Prozent die geringste Zustimmung unter allen Mitgliedern. Es mag sein, dass die sogenannten Sanktionen nach der Bildung der schwarzblauen Regierung im Jahr 2000 dazu beigetragen haben. Dennoch sind die Zahlen Ausdruck großer Versäumnisse und gewaltiger jahrelanger Fehlinformationen – mit dem Ergebnis, dass unser Lebensgefühl und unsere Befindlichkeit im Widerspruch zu unseren eigenen vernunft-

dem Umfang nach, um besonders wichtige Änderungen und Entscheidungen geht. So sieht auch die österreichische Verfassung bei teilweiser oder gänzlicher Verfassungsänderung eine Volksabstimmung vor. Sicher gilt dies nicht für beispielsweise eine Änderung der Straßenverkehrsordnung. Wenn es nun zu einer Volksabstimmung kommt, dann kann aber nicht allein das Burgenland oder Vorarlberg entscheiden, weil alle davon betroffen sind. Eine solche Vorgangsweise käme dem Liberum Veto Polens gleich, mit dem im 18. und 19. Jh. einzelne Abgeordnete Beschlüsse zu Fall bringen konnten. Dieses Einspruchsrecht hat Polen mehrere Teilungen und damit den Untergang beschert.

Die jetzige EU-Vertragsverbesserung, kaum mehr als eine organisatorische Statutenänderung, war daher von unserem Parlament zu genehmigen. Im Falle grundlegender Änderungen sollten dann aber alle Mitgliedsländer der EU zur Entscheidung aufgerufen werden. Unabhängig davon sind wir gut beraten, uns besser zu informieren: über unser Vaterland Österreich, unser Mutterland Europa, in der Vielfalt einzelstaatlicher Identität und in lokalheimatlicher Verbundenheit.